

Instandsetzungsforderung und Hausbesetzung

Notiz zu den gegenwärtigen Konflikten in Berlin-Kreuzberg

Von weitem verschwimmen die Dinge leicht im Gleichklang von Worten: Instandsetzung, Hausbesetzer, Instandbesetzung - zumindest scheint alles auf ein einheitliches Problembündel hinzuweisen. Von weitem, das muß nicht ein beliebiger westdeutscher Standpunkt sein, sondern sehr von weitem, als müßten die Nachrichten von dem, was in Kreuzberg los ist, erst über Nachrichtensatelliten ins Rathaus übermittelt werden, kommen die politischen Einschätzungen und Reaktionen des Berliner Senats, der Berliner Presse, überhaupt der und jeder anderen hörbaren Öffentlichkeit. Deswegen eine kurze Erinnerung daran, daß die Lage keineswegs so neu ist, wie manchem scheinen mag, und das Problem nicht so eindeutig, wie das auf beiden Seiten viele möchten.

Der Begriff Instandsetzung kommt aus der Mangelökonomie der Vierziger und Fünfziger Jahre und meint Wiederherstellung zerstörten oder beschädigten Wohnraums. Aus einer Routinevokabel der Verwaltung wurde er zu einem Kampfruf politischer Gruppen, als im Zuge der staatlichen Investitionspolitik der Sechziger Jahre Instandsetzung für obszön erklärt und durch Sanierung, und zwar Kahlschlag, ersetzt wurde. Rainer Graff, der die Entwicklung in Kreuzberg durch alle Gruppen hindurch mitgetragen hat, skizziert in seinem Artikel (10 Jahre Forderung nach Instandbesetzung), wie und warum diese Forderung auch zur Parole einer Betroffenenvertretung wie des Mieterladens Dresdener Straße wurde. Die Instandsetzungsforderung ist der Prüfstein jeder institutionalisierten Betroffenenvertretung, da sie nur eine Gebrauchswertdiskussion akzeptiert: solange Hausbesitzer bereit sind, sich mit der Aufrechterhaltung ihres Hauses als langfristiger Grundlage ihres Gewinnanspruchs zu begnügen - und ab und zu gibt es solche Hausbesitzer noch - kann solch eine Betroffenenvertretung wie vom Gesetz vorgesehen funktionieren. In der Regel kann sie es also nicht, auch im Mieterladen Dresdener Straße fehlen die Hausbesitzer, vertreten sind nur Mieter und Gewerbetreibende. So versteht sich die Instandsetzungsforderung fast von selbst, sie kann auch ohne Schwierigkeiten offensiv nach außen gesetzt werden - nur besteht Mühe, einen Adressaten zu finden. Den größten Teil der realen Hausbesitzer hat der Sanierungsteufel geholt, die neuen „Eigentümer“ aber sind so flüchtig oder atomistisch, daß ihrer nicht habhaft zu werden ist; auch glaubt man immer, sowie man sich nach ihnen umblickt, ein bekanntes Gesicht aus der Verwaltung dahinter zu sehen. Das Flüchtige ist also begreiflich, denn wer den Sanierungsprozeß durchführt, kann nicht gleichzeitig auch noch den Betroffenen mimen, ganz gleich, ob der sogenannte Eigentümer nun privater Spekulant oder öffentliche Baugesellschaft ist (und mit Steuergeld operieren ja beide). Eben deshalb, weil es sie nichts kostet, scheuen Private wie Öffentliche die Instandsetzung wie der Teufel das Weihwasser und setzen gegen die politische Forderung das reale Verrotten der Häuser.

Da sie selber am besten wissen, was sie tun, können sie sich den militanten Widerstand, den sie neuerdings seitens jugendlicher Hausbesetzer erfahren, auch nur im Rahmen dieser Spielregeln erklären: als Versuch, ihnen den Spaß zu verderben. Nicht, daß das nicht schön wäre, wenn es sich so verhielte, wenn also das, was sich zu wiederholten Malen seit dem letzten Frühjahr hier in Kreuzberg an realer Wut und Aggressivität in einer Art Zurtückschlagaktion entladen hat, ein Ausfluß der zehnjährigen Erfahrung des Betroffenenwerdens der betroffenen Mieter bzw. eines radikalisierten Randgruppenanteils unter ihnen wäre. In der Tat hatte man sich das so im Senat zurechtgelegt. Es gab eine fertige Kategorisierung der Besetzer in drei Kategorien einschließlich der Einschätzung, daß das Potential der Besetzer (es gab damals 5 besetzte Häuser) ausgeschöpft sei. Daß es danach erst richtig losging, hat in der Tat Gründe, die mit dem Häuserproblem, der Instandsetzungsforderung von Mietervereinigungen usw. nur sehr vermittelt etwas zu tun haben. Deshalb die zweite Erinnerung: die nicht minder alte Traditionslinie der Besetzung leerstehender Häuser.

Die erste Besetzung in dieser Traditionslinie war die Besetzung des Maria-und-Martha-Hauses im Bethanienkomplex, seitdem das Georg-von-Rauch-Haus. Man erinnere sich an das Rauchhauslied der „Scherben“: schon wieder einer mehr in unserer Zweizimmerluxuswohnung. Worum es damals, 1969, bereits ging, war die Wohnungsnot von Arbeiterjugendlichen, insbesondere die Trebe. Spätestens mit der Besetzung des Tommy-Weisbecker-Hauses wurde klar, daß davon das Problem der Jugendarbeitslosigkeit nicht zu trennen ist, es entstanden durch eine aus dem Weisbecker-Haus hervorgegangene Gruppe die ersten beiden Versuche zu Selbsthilfewerkstätten (die Autowerkstatt in der Schöneberger Straße besteht noch). Andere Initiativen folgten in den weiteren Jahren, bis hin zum Ausbildungswerk Kreuzberg als Projekt der Strategien für Kreuzberg - aber das alles waren Tropfen auf den heißen Stein. Dann ist an den ersten Versuch zu erinnern, sich einen kollektiven Raum in einem seit je mit Raum (kollektivem wie erst recht privatem) kurz gehaltenen Bezirk zu erobern: die Besetzung der Feuerwache Reichenberger Straße. Der Verwaltung fiel nichts besseres ein, als die Jugendlichen mit Polizeigewalt aus dem gerade produktiv umgenutzten neuen Bereich herauszuprügeln und die Feuerwache abzureißen (wie auch kurz danach die dahinterliegende großartige Pumpenhalle). Wenn heute Senatsvertreter die Stirn haben, ohne rot zu werden von der Notwendigkeit zu reden, alte Pumpenhäuser kulturell zu nutzen, mögen sie das mit ihrem Gewissen ausmachen, aber es soll keiner denken, daß im Viertel so etwas vergessen wird und Gras so schnell wächst. Dann, wenig später, folgte der Umbau des Mariannenplatzes mit dem Ziel, ihn durch Zerstückelung den bisherigen Nutzern zu entziehen und zu einer bloß visuellen Kulturanlage zu machen. Das war wieder ein Stück Raum

weniger, und da die Bauarbeiten auf Gengewalt stießen, mußten sie unter Polizeibewachung durchgeführt werden. Das nächste Objekt, an dem die Wut wieder hochkam, war die Prakma-Fabrik - auch sie wäre ein großer kollektiver Raum gewesen, und die Verwaltung hatte nichts Eiligeres zu tun, als ihn den potentiellen Nutzern vor der Nase abzureißen. Es waren in diesem Falle zwar vorrangig Freaks beteiligt, aber das heißt nicht, daß die Jugendlichen im Viertel nichts mitbekommen hätten. Der nächste Schritt war die Besetzung des Hinterhauses der Lukauer Straße 3 durch die Jugendlichen vom Oranienplatz. Und dann ging alles seinen Gang.

Ich betone das so, weil es sich hier um ein viel allgemeineres Problem als Abriß oder Instandsetzung handelt: die Besetzung von Häusern ist für die Verzeiung und Perspektivlosigkeit der Arbeiterjugendlichen nur ein Ausdruck und ein Stück Selbsthilfe, reale Eigentätigkeit in einem Viertel, das für sie weder Platz noch Arbeit noch sonst irgendwelche sozialen Chancen übrig hat. Die besetzten Häuser und Straßenschlachten mit einer Polizei, die seit bald Jahresfrist im Viertel als Besatzungsgruppe anwesend ist, sind nur die Oberfläche. Dabei hätten die Politiker allen Grund, die wirklichen Ursachen und das ganze Ausmaß der Misere zu kennen. Der Zusammenbruch der Kreuzberger Hauptschulen ist unter Pädagogen kein Geheimnis mehr. Wer von einer Kreuzberger Hauptschule, möglichst noch einer E-Klasse, abgeht, steht am untersten Ende der sozialen Hierarchie und ist der Letzte, der eine Lehrstelle bekommen wird (und annähernd genügend freie Stellen gibt es sowieso nicht). Wenn diese Jugendlichen „ins Leben treten“, sind sie um dieses Leben bereits betrogen. Daß es die Sanierungspolitik war, die die Voraussetzungen dafür geschaffen hat, auch das sollte eigentlich klar sein. Denn die Chancenlosigkeit der Slumjugend ist erst das Endprodukt einer langen Zerstörungsgeschichte, in der alle Möglichkeiten zur Selbsthilfe zerstört worden sind: das soziale Gefüge, die Arbeitsplätze in den Kleinbetrieben, die kulturellen Stützpunkte sozialen Lebens. In einem Viertel, in dem es kein Kino für Deutsche mehr gibt und wo die Sanierer widerstrebende Mieter zum Wegziehen bringen, indem sie als erstes Bäcker und Fleischer kündigen, da wird dann freilich die Besetzung von Raum zum letzten Zeichen individueller Autonomie. Und diese Besetzung ist notwendig militant und flächendeckend, denn das Gleiche gilt zuvor für die Polizeibesetzung: ein Gefühl von Belfast oder Londonderry; ununterbrochene Polizeipräsenz, kein Weg über die Straße möglich, ohne nicht mindestens zwei Streifenwagen zu begegnen, und wenn es zum Steinewerfen kommt, dann ein blindwütiges Herumrasen, wie das von der SA überliefert ist oder von den Polizeiheldentaten im vorigen Jahrhundert, z.B. beim Blumenstraßenkrawall im Stralauer Viertel 1872, dem größten Ausbruch aus Anlaß der proletarischen Wohnungsnot in Berlin.

Zwischen den Aktivisten der Betroffenenvertretung und den Besetzern, organisiert im Besetzerat, gibt es keineswegs naturwüchsig Einverständnis. Im Gegenteil. Die Mieterinitiative hat - bzw. hatte - verständlicherweise mit der Angst zu kämpfen, daß die Straßenschlachten die eigene Arbeit - Vertrauen bei den älteren deutschen Mietern zu erwerben - eher zu nichtemachen als fördern würde. Aber, die Wut gibt es auch hier, also auch Verständnis und Solidarität. Die Besetzer andererseits haben ein ganz anderes Verhältnis zu Häusern. Der Abriß - und daß sie ihn für die von ihnen besetzten Häuser teilweise beschleunigen - ist nicht ihr Problem, sie wollen Raum, und erst allmählich begreifen sie, daß Instandsetzung und Bündnis mit den ängstlicheren Mieterinteressen durchaus in ihrem Interesse ist und ihren Autonomieansprüchen nichts abbeißt. Ich halte es aber für zwecklos, die Distanz zu leugnen und über alles den Mantel eines Begriffs zu ziehen, der im Vorjahr sein Glück gemacht hat: den der Instandsetzung.

Die erste Instandbesetzung wurde von der BI SO 36 in der Cuvrstr. 25 durchgeführt; besetzt wurden, im November '79, Wohnungen im Quergebäude, die von der Spekulantenfirma bereits zugemauert waren; aufgrund des erreichten Verwahrlosungszustandes dauern die für den bloßen Erhalt des Hauses nötigen Instandsetzungen noch immer an. Das zeigt die notwendige Basis von Instandbesetzungen an, soll die Sache mehr sein als ein gelungenes sprachliches Verwirrspiel: einmal die Beweglichkeit einer Bürgerinitiative, die nicht institutionalisierte Betroffenenvertretung ist, sondern exemplarisches Handeln mit eigenen Interessen verbinden kann, zum anderen die Verfügung über die handwerklichen und sozialen Qualifikationen, die dafür stehen, daß ein solches Haus tatsächlich instandgesetzt und auf lange Sicht instandgehalten wird, was nicht nur Sache einmaliger Großaktionen, sondern dauerhafter Verlässlichkeit und sozialen Zusammenspiels ist. Einerseits konvergieren in solchen Aktionen - ähnliche hat es eine ganze Reihe gegeben: Chamissoplatz 3, ziemlich bald wieder geräumt, Mariannenstr. 48 - die bisher getrennten Linien von Mieterpolitik und Selbsthilfe der Jugendlichen, andererseits ist die Reichweite des Modells begrenzt, nicht, weil es unbedingt bei den bisherigen Spaltungen zwischen Besetzern und Betroffenenvertretung bleiben müßte (was auch nicht so wichtig zu nehmen ist) oder die Kreuzberger Jugendlichen nicht auch lernen könnten, mit alten, heruntergekommenen Häusern richtig umzugehen, sondern weil das Zentrum des Handelns für die Jugendlichen ein anderes ist als für die Aktivisten einer BI, die ja Räume, Qualifikationen, Perspektiven usw. bereits haben und gerade deshalb tätig werden.

Genau deshalb machen die Hausbesetzer auch die traditionellen Mietervertretungen nicht überflüssig. Die Differenz gesetzlicher Betroffenenvertretung von reiner Mieterpolitik wird notgedrungen gegenstandslos werden, und die Mietergruppen werden notwendiger Partner der Besetzer bleiben, indem sie unbeirrt den Rechts- und Gebrauchswertstandpunkt der Instandsetzungspflicht des Hauseigentümers festnageln. Die Instandsetzungsforderung ist der naturgemäße Radikalismus derer, die Wohnungen haben oder auch sonst nicht gesonnen sind, leerstehende Wohnungen eigenmächtig zu besetzen. Der Weg geht also weg von der Mitbestimmung, die auf die Dauer unweiger-

lich jede Betroffenenvertretung zum unfreiwilligen Mitverwalter des Abrisses macht, und hin zur Er kämpfung einer realen Kontrolle oder besser Eigenorganisation der die Sanierung ablösenden Instandsetzungsaktion (wie sie die IBA propagiert). Eine solche Selbsthilfe mit eigenem Fond, eigenen Fachkräften und Planungskapazitäten wäre der einzige Weg, um den realen Verfall zu stoppen. Denn IBA hin und her, die Langsamkeit aller gesetzlich verfahrenen Verwaltungsmaßnahmen ist der beste Verbündete der Abrißsanierer, die es ja mit bislang großem Erfolg darauf anlegen, die IBA solange mit der Rettung von Häusern zu beschäftigen, bis diese Häuser nach zwei, drei Wintern eben wirklich nicht mehr zu retten sind.

Instandsetzung als schwerpunktmäßige, aus öffentlichen Mitteln finanzierte Selbsthilfe wäre also die Radikalität einer Mietervertretung, die der Hausbesetzung (oder auch der Instandbesetzung) entspräche. Im Unterschied von der Besetzerbewegung muß der Mieterladen diese Hürde erst noch nehmen. Denn die Versuchung zur Mitverwaltung des Abrisses besteht sehr wohl, auch im Bündnis mit der IBA, insofern der Mieterladen als Betroffenenvertretung naturwüchsig dazu tendiert, für das Viertel stellvertretend zu sprechen, also Provinzregierung zu spielen. Genau

das war es ja, was ihn für den Senat interessant machte: ihn als Mitverwalter zu gewinnen, eventuell und bei guter Führung auch unter Gewährung individueller Vorteile, was die Abspaltung von der Basis des Mieterladens materiell gemacht hätte. Der Mieterladen ist dem bewußt ausgewichen und bewegt sich auf ein Selbstverständnis zu, das aufgrund einer nichts und niemanden stellvertretenden Betroffenheit aktiv wird für das eigene Interesse am Viertel, an der Straße, an Haus und Wohnung, aber eben Straße, Haus und Wohnung *aller*, wofür öffentliche Gelder auch sinnvoll eingesetzt wären.

Hausbesetzungen / Instandbesetzungen andererseits werden weitergehen. Sie werden aktuell bleiben, ganz egal, was der Senat oder die Polizei tut oder nicht tut. Denn Legalisierung einiger Häuser, möglichst noch verknüpft mit Räumung sogenannter Chaotenhäuser, löst das zugrundeliegende Problem nicht, das viel schlimmer und weitreichender ist, als daß es sich im Rahmen der Häuserkämpfe definieren ließe. Hier hat die Politik der letzten zwanzig Jahre eine Zeitbombe gebastelt, die nicht nur der Bauverwaltung den Spaß am Sanieren nehmen wird. Und an die türkischen arbeitslosen Jugendlichen wollen wir einstweilen noch gar nicht denken, immerhin machen die 56% der Hauptschulschüler aus.

Rainer Graff

10 Jahre Instandbesetzungsforderung

Dokumentation eines politischen Kampfes

Der folgende Aufsatz ist das Resumé eines im Rahmen eines Forschungsprojektes am FB 8 der TU Berlin entstandenen Berichts über die Geschichte des Kreuzberger Widerstandes gegen Abrißsanierung und über die Gruppen, die ihn in den vergangenen 10 Jahren getragen haben. Das Papier hat bei den Beratungen der im Mieterladen Dresdener Straße organisierten Bewohner eine nicht unwichtige Rolle gespielt bei der Frage, wie sich die Mieterorganisation der Gefahr entziehen kann, als anerkannte Interessenvertretung nach StBauFG zur Mitverwalterin der Zerstörung des Viertels zu werden.

Trotz des leider nicht immer leicht lesbaren Textes hat sich die Redaktion daher zur Veröffentlichung entschlossen.

Instandsetzung und der „Zahn der Zeit“

Aufgrund der Regierungserklärung vom 18.3.1963 wurde ein Teil von Kreuzberg zum Sanierungsgebiet erklärt. Die Erneuerung sollte innerhalb der nächsten 10-15 Jahre stattfinden. Zu den Kriterien der Gebietsauswahl gehörte nach dem 1. Stadterneuerungsbericht¹ u.a. die „große Dringlichkeit von Maßnahmen wegen einer Fülle von Mißständen“. Die Zahl der Wohneinheiten ganz Kreuzbergs war damals auf die vorhandenen 56.000 beschränkt worden. 500 davon waren von

1945 bis 1963 repariert worden. „...Aufgrund dieser Beschränkung auf 56.000 Wohnungen und der rechtzeitigen Bekanntgabe der Sanierungsgebiete² ... ist den Eigentümern und zuständigen Behörden die Entscheidung möglich, welche baulichen Maßnahmen (insbesondere Instandsetzungen und Modernisierungen) noch vorgenommen werden können bzw. zur Verhütung volkswirtschaftlicher Verluste unterbleiben sollen.“³

Dies bezog sich auf 16.000 im Jahre 1963 als sanierungsbedürftig ausgewiesene Wohneinheiten. 10 Jahre danach waren dann 2.400 WE abgerissen, 1.400 neu errichtet und 14 renoviert. 1973 also, als nach der Maßgabe der Planung die Erneuerung schon zu einem guten Teil abgeschlossen sein sollte, lebten rein rechnerisch betrachtet in 13.600 Wohnungen Menschen unter Bedingungen der zitierten „volkswirtschaftlichen“ Entscheidungshilfe. Seit nun mehr als 10 Jahren steht den „volkswirtschaftlichen“ Erwägungen des Haus- und Grundbesitzes und ihren Folgen die Forderung nach Instandsetzung gegenüber. Die Basisinitiativen und Betroffenen beriefen sich dabei - mit welcher politischen Einstellung auch immer - auf § 536 des BGB und seit 1973 auf das Wohnungsaufsichtsgesetz⁴.

Handelte es sich dabei um einen Strategieansatz, der den von den Stadterneuerungsmaßnahmen am schwerwiegendsten